

Niederschrift

über die 1. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Schule und Sport am
18.04.2012
(9. Wahlperiode)

T a g e s o r d n u n g

Seite

Öffentliche Sitzung	5
1 Gemeinsame Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten, Kindertagespflege und im Primarbereich der Offenen Ganztagsschule Vorlage: FB2/314/2012	5
2 Verschiedenes	7

Anwesenheit

Sitzungsort: Städt. Mataré- Gymnasium, Niederdonker Straße 32, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungsraum 2. OG

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:10 Uhr

Anwesend

Vorsitzende

Frau Renate Kox Ratsmitglied

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion - Ausschuss für Schule und Sport

Herr Hans-Jürgen Denecke Sachkundiger Bürger

Frau Gerlind Förster Sachkundige Bürgerin

Frau Angela Gröters Ratsmitglied

Herr Andreas Heumann Sachkundiger Bürger

Vertretung für Ratsfrau Schoppe

Frau Marlies Homuth-Kenkies Ratsmitglied Vertretung für Ratsfrau Steinforth

von der FDP-Fraktion - Ausschuss für Schule und Sport

Herr Michael Bertholdt Sachkundiger Bürger

Herr Dr. Klaus Brennecke Ratsmitglied

Frau Barbara Büchner Ratsmitglied

Vertretung für Ratsfrau Schmidt

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied Vertretung für Rats Herrn Burkhardt

von der SPD-Fraktion - Ausschuss für Schule und Sport

Frau Ilse Niederdelmann Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Ausschuss für Schule und Sport

Herr Dario Dammer Ratsmitglied

Frau Sarah Stockmann Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion - Ausschuss für Schule und Sport

Herr Andreas Brauer Sachkundiger Bürger

Vertretung für Ratsfrau Glasmacher

Beratende Mitglieder Ausschuss für Schule und Sport

Herr Christoph Hauke beratendes Mitglied Zentrum

Herr M.A. Mike Kunze Stadtspartverband

anwesend ab 18.05 Uhr

Frau Petra Stecher Stadtalternrat

Herr Jörg Winterwerb Vertreter der Schulen

fraktionsloses Ratsmitglied Ausschuss für Schule und Sport

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion - Jugendhilfeausschuss

Herr Dieter Lerch Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion - Jugendhilfeausschuss

Herr David Burkhardt Ratsmitglied

Frau Gabriele Schmidt

Ratsmitglied

Vertretung für Ratsfrau Wellhausen

von der SPD-Fraktion - Jugendhilfeausschuss

Herr Jürgen Eimer

Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Jugendhilfeausschuss

Herr Marco Becker

Ratsmitglied

In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen

Herr Guido Fliege

Ratsmitglied

Frau Karin Solbach-Kandel

Sachkundige Bürgerin

Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind

Christian Bößen

Sachkundiger Bürger

Herr Andreas Harms

Sachkundiger Bürger

Herr Bernhard Zahn

Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind

Frau Sigrid Brennecke

Sachkundige Bürgerin

Frau Susanne Schöttgen

Vertretung für sachkundigen Bürger
Dr. Friedrich ab 17.50 Uhr

Herr Torsten Steinbrinck

von der Verwaltung

Frau Angelika Mielke-Westerlage

Erste Beigeordnete

Herr Peter Annacker

Bereichsleiter Fachbereich 2

Herr Detlef Krügel

Bereichsleiter Fachbereich 3

Herr Peter Ritter

Fachbereich 3

Frau Birgit Smitmans

Fachbereich 2

Herr Holger Wegmann

Fachbereich 3

Schriftführerin

Frau Angela Römmler-Graf

Fachbereich 2

es fehlen:

von der CDU-Fraktion - Ausschuss für Schule und Sport

Frau Brunhild Steinforth

Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion - Ausschuss für Schule und Sport

Herr Alexander Jankowsky

Sachkundiger Bürger

von der UWG-Fraktion - Ausschuss für Schule und Sport

Frau Daniela Glasmacher

Ratsmitglied

Beratende Mitglieder Ausschuss für Schule und Sport

Herr Dieter Aldenhoff

Vertreter der Schulen

Herr Wilfried Pahlke

Wohlfahrtsverbände

Herr Karl-Heinz Pütz

Katholische Kirchengemeinde

von der CDU-Fraktion - Jugendhilfeausschuss

Herr Jörg Wartchow

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion - Jugendhilfeausschuss

Frau Gesine Wellhausen

Ratsmitglied

Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind

Herr Dr. Norbert Friedrich

Sachkundiger Bürger

Beratende Mitglieder

Herr Hans-Jürgen Barbarino

Stadtjugendring

Frau Yvonne Brunk

Evangelische Kirchengemeinden

Herr Wolfgang Burchartz

Polizeibehörde

Frau Sandra Grünkemeier

Katholische Kirchengemeinden

Frau Doris Kunnen

Untere Schulaufsichtsbehörde

Herr Michael Sarwas

Agentur für Arbeit

Herr Ulrich Steeger

Familiengericht

Frau Dr. Kirsten Vietmeyer

Gesundheitsamt

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Vorsitzende Schoppe auch im Namen der Vorsitzenden des Ausschusses für Schule und Sport, Frau Kox, die Anwesenden und stellt fest, dass form- und fristgerecht zur gemeinsamen Sitzung von Jugendhilfeausschuss und Ausschuss für Schule und Sport eingeladen ist.

Öffentliche Sitzung

1 Gemeinsame Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten, Kindertagespflege und im Primarbereich der Offenen Ganztagschule Vorlage: FB2/314/2012

Vorsitzende Schoppe dankt eingangs für die umfangreiche, ausführliche Beratungsvorlage der Verwaltung und bittet Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage um eine Einführung in den Sachverhalt.

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage verweist zunächst auf den im September 2011 erteilten Auftrag des Jugendhilfeausschusses, zum Kindergartenjahr 2012/2013 eine gemeinsame Elternbeitragsatzung für den Besuch von Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und Offener Ganztagschule im Primarbereich zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die derzeitigen Beitragssysteme wiesen erhebliche Unterschiede auf bezüglich Beitragshöhe, Freistellungstatbeständen und –grenzen, Ermäßigungsgrundlagen und der Geschwisterkindregelung. Ziel sei daher, die Beitragsgrundlagen für alle Betreuungsformen zu vereinheitlichen und damit gerechter und vergleichbar zu machen bei gleichzeitiger Intention, das vorhandene qualifizierte Betreuungssystem zu erhalten. Dies erfordere gerade auch im Hinblick auf die deutliche Steigerung der steuerfinanzierten Mehraufwände in den Betreuungssystemen, die in den kommenden Jahren mit fortschreitendem Ausbau insbesondere der U3-Betreuungsplätze weiter steigen werde, dass das Beitragsaufkommen auch bei einer Neuregelung in der Summe aufrechterhalten bleiben müsse.

Sodann erläutert Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage kurz die in der Vorlage ausführlich dargelegte Zahlenbasis zur Entwicklung der vorgestellten Alternativen 1 bis 3 für die künftige Beitragserhebung. Die sich daraus ergebenden finanziellen Auswirkungen seien in den Anlagen 12 – 14 dargestellt. Die Verwaltung präferiere die Alternative 2, welche eine moderatere Erhöhung der Elternbeiträge in den neu geschaffenen Einkommensstufen 7 und 8 durch Reduzierung des Beitrages der Stufe 6 vorsehe. Alle Berechnungsalternativen berücksichtigen eine einheitliche Beitragsfreigrenze von 25.000 €, eine Geschwisterkindbefreiung auch für Geschwister von ohnehin beitragsbefreiten Vorschulkindern und eine Belastung der höheren Einkommen durch zusätzliche Einkommensgruppen.

Hinsichtlich der in Alternative 3 vorgestellten differenzierten Beitragstabelle mit Einkommenssprüngen von 6.000 € weist Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage darauf hin, dass deren Umsetzung mit dem vorhandenen Personal keinesfalls bewältigt werden könne, zumal bereits aus einer Einkommensstaffelung bei der bisher mit Einheitsbeitrag versehenen OGS ein Mehraufwand entstünde.

Beim Besuch der OGS hätte die neue Freistellungsgrenze von 25.000 € und die Geschwisterkindregelung für einen Teil der Eltern eine Entlastung zur Folge, ein Teil werde durch Ausschöpfung des gesetzlich vorgegebenen Höchstbeitrages von 150 € in der Einkommensstufe 8 höher belastet.

Für die Inanspruchnahme der Kindertagespflege sei zur verbesserten Beitragsgerechtigkeit zudem die differenziertere Staffelung bei den Betreuungszeiten um jeweils 5 statt bisher 10 Stunden vorgesehen.

Zu Beginn der anschließenden Diskussion macht Ratsherr Becker weiteren Beratungsbedarf geltend. Ohne Beantwortung des der Verwaltung am 16.04.2012 übersandten Fragenkataloges und der Bewertung der Antworten in der Fraktion sei in der heutigen Sitzung keine Beschlussfassung möglich. Seine Fraktion habe in der Kooperation eine Absprache mit der CDU, das Thema zuvor gemeinsam zu erörtern, dies sei nicht erfolgt. Weiter trägt er unter Hinweis auf die Kulturhoheit des Landes vorsorglich vor, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einer gänzlichen Beitragsbefreiung zu Lasten der Kommune nicht zustimmen werde. Zwar sollte der Besuch einer Kindertagesstätte als Bildungseinrichtung grundsätzlich kostenfrei sein, hierzu bedürfe es aber einer entsprechenden Landesregelung. Dennoch sollten bei der anstehenden Entscheidung neben fiskalischen auch bildungspolitische Aspekte bedacht werden. Nach ihm vorliegenden Untersuchungen würden Kinder davon abgehalten, aufgrund des Beitrages eine Tagesstätte zu besuchen.

Hinsichtlich der Kritik von Ratsherrn Becker erläutert Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage, dass die Fragen beantwortet werden könnten und die Antwort Herrn Becker elektronisch heute zugesandt worden sei. Im übrigen habe die Verwaltung bereits in 2009 auf Wunsch des Ausschusses den Entwurf einer gemeinsamen Beitragssatzung erarbeitet, der allerdings nach Vorstellung im Ausschuss in die Fraktion verwiesen, dann aber nicht mehr auf die Tagesordnung gekommen sei. Die erneute Erarbeitung einer derart komplexen Beitragssatzung habe in erheblichem Umfang Personal gebunden; gerade der Bereich „Tagesstätten“ sei permanent arbeitsmäßig belastet. Insofern sei es nicht möglich gewesen, die Thematik früher in den Ausschuss zu bringen. Zudem sei die Verwaltung bemüht, den Ausschuss immer umfassend und ehrlich zu informieren, um Entscheidungen zu ermöglichen. Die Ermittlung und Auswertung des Zahlenmaterials und die Erstellung der umfangreichen Vorlage sei mit erheblichem Aufwand verbunden, so dass eine frühere Beratung nicht möglich gewesen sei. Die von Ratsherrn Becker geäußerte Befürchtung, die Erhebung der vorgeschlagenen Beiträge, die im Übrigen in den unteren und mittleren Einkommensgruppen für die Kindertagesstätte den bisherigen Beitragshöhen entsprächen, könnte Eltern von einer Anmeldung abschrecken, teilt Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage nicht. Die Inanspruchnahme der Betreuungsangebote sei sehr hoch, so dass keinerlei Hinweise erkennbar seien, dass Kinder von der Inanspruchnahme des Betreuungsangebotes abgehalten würden.

Ratsherr Eimer dankt für die ausführliche Vorlage und kündigt für die SPD-Fraktion bereits die Ablehnung des Beschlussvorschlages aus grundsätzlichen Erwägungen an. So sollte der Besuch von Bildungseinrichtungen grundsätzlich kostenfrei sei, unabhängig davon, wer die Kosten letztlich zu tragen habe.

Bezüglich der Beitragserhebung für den Besuch der OGS stellt er im Übrigen den für die Berechnung zugrunde gelegten durchschnittlichen Betreuungsumfang in Frage.

Auch Ratsfrau Schmidt dankt für die umfangreiche Vorlage und erklärt, dass die FDP-Fraktion die Vorlage für entscheidungsreif halte und von der seitens der Verwaltung vorgeschlagenen Alternative 2 überzeugt sei. Dennoch stimme sie der Vertagung zu, wobei eine abschließende Entscheidung im Mai erfolgen müsse, um ein Inkrafttreten zum 01.08.2012 zu ermöglichen.

Ratsherr Lerch dankt ebenfalls für die gute Verwaltungsvorlage; die CDU-Fraktion könne der Alternative 2 zustimmen, mit Rücksicht auf den Abstimmungsbedarfs des Kooperationspartners stimme man der Vertagung zu.

Vorsitzende Schoppe schlägt zusammenfassend eine weitere gemeinsame Sitzung der Ausschüsse Jugendhilfe und Schule, Sport am 15.05.2012 vor. Im Anschluss sei eine Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport vorgesehen. Der nach Langzeitplan nächste Jugendhilfeausschuss am 09.05.2012 könne ggf. entfallen.

Einvernehmlich wird der Vertagung bis zur gemeinsamen Sitzung am 15.05.2012 zugestimmt.

Die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 09.05.2012 entfällt.

Die Beantwortung des Fragenkatalogs von Bündnis 90/Die Grünen wird dem Protokoll beigelegt.

Sollten sich aus der Beantwortung der Anfrage weitere Fragen ergeben oder sonstiger Klärungsbedarf bestehen, sichert Ratsherr Becker zu, dies unmittelbar mit der Verwaltung zu klären, um eine Beschlussfassung in der gemeinsamen Sitzung am 15.05.2012 sicher zu stellen.

2 Verschiedenes

Es besteht kein Beratungsbedarf.

Meerbusch, den 20. April 2012

Renate Kox
Ausschussvorsitzende

Petra Schoppe
Ausschussvorsitzende

Angela Römmeler-Graf
Schriftführer/in